

Ina Lenke

- (A) Wir als F.D.P. sagen: Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Das gilt nicht nur für deutsche, sondern auch für ausländische Kinder. Von daher möchte ich den Blick gerade auf Kinder und Jugendliche richten, weil Kinder und Jugendliche die Zukunft sind. Das betrifft auch ausländische Jugendliche, die schon sehr lange in der Bundesrepublik Deutschland leben.

Ich wollte auch etwas zu dem Entschließungsantrag zu der Richtlinie, die auch Sie problematisiert haben, und zur **Green Card** sagen: Wenn wir ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland haben wollen, nutzt uns die Green Card nichts. Wir werden den Wettbewerb mit den anderen Ländern Europas verlieren, wenn wir nicht von dem hohen Ross der Green Card heruntersteigen und endlich auf der Grundlage eines Zuwanderungsgesetzes qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Deutschland holen.

Abschließend will ich sagen: Im Familienbericht haben Experten Bekanntes, aber auch Neues zusammengetragen. Neu ist für mich die gründliche Bestandsaufnahme. Wir Politikerinnen und Politiker im Bundestag und auf Ebene der Länder und Kommunen werden auf diesen Bericht antworten müssen. Wir jedenfalls werden die Bundesregierung in die Pflicht nehmen, Vorschläge zu machen.

Ich glaube, nicht nur die ausländischen Familien müssen sich bewegen und auf Deutsche zugehen, sondern es muss auch andersherum gehen: Auch wir müssen uns Mühe geben, die kulturelle Andersartigkeit von Familien, die bei uns leben, zu verstehen. Es ist eine ganz interessante Sache. Wer Kontakte zu ausländischen Familien hat, weiß, wie wichtig das ist und wie sie unser Leben bereichern.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Von daher denke ich, dass dieser Familienbericht uns ein Stück weiterhelfen wird, Vorurteile abzubauen. Dazu will auch die F.D.P. beitragen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Als nächste Rednerin hat die Kollegin Petra Pau von der PDS-Fraktion das Wort.

Petra Pau (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte wird ja offensichtlich genutzt – ich finde, das ist gut so –, um auch über grundsätzliche Positionen zur Einwanderungsdiskussion, die endlich auch die Gesellschaft erreicht hat, zu sprechen.

Dass die Bundesrepublik ein **Einwanderungsland** ist – faktisch und nicht erst in jüngster Zeit –, hat ja offensichtlich alle Parteien und zunehmend auch deren Mitglieder erreicht. Bislang sind aber aus dieser Erkenntnis keine eindeutigen Konsequenzen gezogen worden. Es gibt kein individuelles Recht auf Einwanderung, das irgendwo festgeschrieben wäre, sondern es gibt variierende Sonderregelungen.

Vor diesem Hintergrund sagt die PDS: Einwanderung muss als Rechtsanspruch formuliert werden und Einwanderer müssen Rechte haben; Green oder Blue Cards oder andere bunte Karten sind dafür kein Ersatz. (C)

(Beifall bei der PDS)

In der allgemeinen Diskussion wird über verschiedene **Quotenregelungen** debattiert. Im günstigsten Falle bedeutet dies, ein wie auch immer legitimes Gremium definiert Einwanderungshöchstzahlen. Wir fordern ein Einwanderungsrecht ohne Quoten. Der einzelne Mensch mit einem Anspruch muss im Mittelpunkt stehen, und zwar nicht nur als numerische Größe. Schnell werden sonst so genannte uns nützende und so genannte uns weniger nützende Einwanderer gegeneinander aufgerechnet. Das heißt: Wer bestimmte Kriterien erfüllt, zum Beispiel die Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme oder einer Ausbildung, soll auch den Anspruch haben, einzuwandern und sich niederzulassen.

Dies bedeutet nicht: offene Grenzen für alle; um auch hier mit einer Illusion aufzuräumen.

Völlig außerhalb jeder eingrenzenden Regelung muss der Schutz für Menschen in Not stehen. Das heißt, wer für den Fall seiner Rückkehr mit einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit rechnen muss, hat einen völkerrechtlichen Anspruch auf Schutz und Aufnahme. Ich denke, diese völkerrechtlichen Rahmenbedingungen sollten endlich auch vollständig in das deutsche Recht überführt werden.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Ich denke dabei an solche Schutzlücken wie die Verfolgung durch nicht staatliche Akteure oder die geschlechtsspezifische Verfolgung. Auch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen außerhalb des Asylrechts darf nicht gegen sonstige Einwanderung aufgerechnet werden.

(Beifall bei der PDS)

Das sind unterschiedliche Bereiche, die auch unterschiedlich zu behandeln sind. Im Mittelpunkt muss jeweils der betroffene Mensch stehen.

Integration kann nur gelingen, wenn die Einwanderinnen und Einwanderer auch eindeutige **Rechte** haben. Deshalb treten wir für ein effektives und umfassendes Niederlassungsrecht ein, das den Menschen, die den Anspruch erwerben, sich hier niederzulassen, die Rechte einräumt, die den übrigen Bürgerinnen und Bürgern des Bundesgebietes zustehen.

Lassen Sie mich noch eine zentrale These unterstreichen. Eine Einwanderungspolitik, die dem einzelnen Menschen eine klare Rechtsposition verschafft, ist auch ein Baustein gegen den Rechtsextremismus. Wenn Menschen unterschiedlicher kultureller und nationaler Herkunft gleichberechtigt in Deutschland leben, wird dem Rechtsextremismus ein großer Teil seines Nährbodens entzogen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)